

Zum Abschluß der Bundeswehr-Serie:

Ein Gespräch mit *W. Joffe*

Verteidigungsminister Rupert Scholz

# Meine Tiefflug-Politik ist für die Bevölkerung

**11** Zumindest eines hat Rupert Scholz mit Vorgänger Manfred Wörner gemeinsam: Im Ministerbüro hängt ein Porträt des Roten Barons, des Jagdfliegers Manfred von Richthofen. Für Wörner, den passionierten Flieger, ist Richthofen nicht nur (Vor)Namens-Patron, sondern auch Vorbild; Scholz sagte zu dem Porträt-Druck: „Den hab ich als Erinnerung an meinen ersten Tiefflug in Goose Bay mit einer Maschine des Jagdgeschwaders Richthofen gekriegt.“ Und, um den Besuchern auch zu zeigen, daß er das Bild „ganz bestimmt nicht von dem Wörner geerbt“ hat, ging er die gut 15 Meter von der Leder-Sitzecke bis zur Bürowand, drehte das Bild um und sagte „Das müßte ja eigentlich da hinten draufstehen.“ Wie in dieser kleinen Begebenheit, so bemühte sich Rupert Scholz dann auch im Gespräch, Behauptungen mit Fakten zu belegen. Er redete frei, ohne Notizzettel. Manche Antworten erweckten allerdings den Eindruck, als habe er gewisse Argumente irgendwann einmal als gut empfunden, weshalb er sie nicht nur in zahlreichen Reden, sondern auch in diesem Gespräch fast stereotyp wiederholte. Dies mag aber auch daran liegen, daß es für manche Fragen eben keine Antworten gibt, die landläufig als „konkret“ empfunden werden. Die Themen des Gesprächs reichten von der Zukunft der Vorverteidigung über die Probleme des Heeres und der Luftwaffe bis hin zur Legitimationskrise der Streitkräfte und der Zukunft des Ministers Rupert Scholz. Mit dem Minister sprachen Josef Joffe und Kurt Kister.

**SZ:** Die 495 000-Mann-Bundeswehr ist schon heute Fiktion; sie liegt in Wahrheit etwa bei 460 000. Warum halten wir an dieser magischen Zahl fest?

**Scholz:** Dies ist keine Fiktion. Wir haben nach wie vor unsere auf der Bündnis-Verpflichtung beruhende Aufgabe, 495 000 Mann unter Waffen zu halten, von denen künftig 456 000 aktive Soldaten und 39 000 Reservisten sein werden. Hier gibt es also schon eine gewisse Modifikation, die der demographischen Entwicklung Rechnung trägt.

**SZ:** Ist das nicht Augenwischerei? Die Bündnispartner sehen doch sehr deutlich, daß die Heeresstruktur 2000 die Zahl nicht halten wird. Wir rüsten doch definitiv ab.

**Scholz:** Die Heeresstruktur 2000 soll den Personalstand halten, und deshalb haben wir die neue Reservistenkonzeption beschlossen. Wir rüsten nicht etwa einseitig ab, hoffen aber auf Abrüstungserfolge in Ost und West.

**SZ:** Nach der Struktur 2000 sollen 42 Brigaden erhalten bleiben. Nur: Wegen der demographischen Kurve werden wir sie



mit weniger Leuten bemannen. Damit merkt doch das Bündnis, daß wir 495 000 niemals halten werden können.

**Scholz:** Die Heeresstruktur 2000 ist mit dem Bündnis abgestimmt. Richtig ist, daß wir verstärkt das Kaderprinzip anwenden

*Wer behauptet, daß Tiefflugtraining aggressiv ist, der argumentiert propagandistisch.*

müssen. Aber die Planvorgaben sind seriös und nicht, wie manche Leute heute schon spekulieren, uneinlösbar. Wir haben auch Zeit zur Umsetzung; denn die Probleme treten erst Mitte der neunziger Jahre auf.

**SZ:** Wird uns die gerade begonnene Abrüstungskonferenz in Wien erlauben, die Bundeswehr zu reduzieren?

**Scholz:** Da bin ich nicht ohne Optimismus. Nur wird die Wiener Konferenz Zeit und viel Geduld brauchen. Es hat noch nie ein so ehrgeiziges Unternehmen gegeben wie konventionelle Abrüstung. Das ist nicht nur eine Frage der Zahl von Soldaten, Panzern, Flugzeugen. Da zählt neben der Quantität auch die Qualität der Streitkräfte und natürlich auch der geostrategische Faktor. Auch die Verifikation ist sehr schwierig, muß aber gewährleistet sein. Ich gehe davon aus, daß auch die andere Seite ein wirkliches Interesse an Fortschritten hat, anders als bei der erfolglosen MBFR-Konferenz. Wir können uns also nicht schon heute auf ein gleichsam fiktives Planungsdatum einstellen, das uns erlaubt, künftig und definitiv mit einer geringeren Zahl an Soldaten auszukommen.

**SZ:** Die Abrüstung wird die Bundeswehr also nicht aus ihrer personellen Zwangsjacke befreien?

**Scholz:** Ich mache kein Hehl daraus, daß erfolgreiche Abrüstung auch demographische Probleme der Bundeswehr erleichtern könnte. Das ist unbestreitbar.

**SZ:** Das bedeutet konkret?

**Scholz:** Bei Fortschritten in Wien bin ich gerne und jederzeit bereit, auch die Frage der Wehrdienstverlängerung von 15 auf 18 Monate wieder auf die Tagesordnung zu bringen.

**SZ:** Ist unsere heutige Truppenstärke nicht schon das „operative Minimum“ für die Vorverteidigung? Können wir es uns überhaupt leisten, weiter zu verringern?

**Scholz:** Die Vorverteidigung ist ein notwendiges strategisches Konzept, dessen Gewährleistung sich aber nach der

Quelle

Datum

*Der Jäger 90 darf nicht teurer werden als vereinbart... Nicht immer kann das technische Optimum gewährleistet werden.*

jeweiligen Bedrohungslage richtet. Wenn diese also im Zuge der konventionellen Abrüstung real sinkt, was bisher nicht der Fall ist, dann können auch wir in der konkreten Ausgestaltung der Vorverteidigung umdisponieren.

SZ: Würden Sie es dann hinnehmen, daß Teile der Ostgrenze nicht mehr durch präsenzte Truppen gedeckt sind?

Scholz: Dazu will ich mich heute konkret nicht festlegen. Aber ich halte vieles für denkbar.

SZ: Sprecher der Opposition haben jüngst sogar die Heilige Kuh der Vorverteidigung in Frage gestellt. Sie reden jetzt so, als wollten sie das auch tun.

Scholz: Die Vorverteidigung ist für uns ein Essential der Zugehörigkeit zum westlichen Bündnis, das nicht in Frage

gestellt werden kann. Die konkrete Ausgestaltung hängt aber ab von den erleichternden Möglichkeiten der Abrüstung. Das Prinzip der Vorverteidigung steht für mich jedoch nicht zur Diskussion.

SZ: Aber keine Form der Abrüstung ändert doch etwas an der Tatsache, daß wir eine Grenze von 1 500 Kilometern haben, die so oder so gesichert werden muß.

Scholz: Vorverteidigung bedeutet ja nicht, daß bestimmte Regionen von vornherein mit bestimmten Truppenstärken bestückt sein müssen. Das hängt auch von Warnzeiten ab, die durch Rüstungskontrolle verlängert werden können.

SZ: Ihr Heeresinspekteur hat zumindest halböffentlich gesagt, daß er für die nächsten 12 Jahre für die Vorverteidigung jeweils jährlich drei Milliarden mehr braucht.

Scholz: Eine solche entsprechend offizielle Äußerung gibt es nicht. Der Inspekteur des Heeres hat als Verantwortlicher

für das Heer heute die schwerste Last zu tragen, und dem Heer gebührt auch künftig besondere finanzielle Aufmerksamkeit. Aber an Spekulationen über konkrete Beiträge beteilige ich mich nicht.

SZ: Zurück zur Neuen Reservistenkonzeption. Sie müssen nicht mehr 180 000, sondern über 300 000 Mann im Jahr durch die Bundeswehr schleusen – also noch mehr wehrunwillige Zivilisten. Ist das Heer nicht schon heute an der Grenze seiner Ausbildungsfähigkeit?

Scholz: Das Heer muß neue Strukturen auch in der Ausbildung entwickeln. Bei Wehrübungen gibt es vor allem auch ein hohes, sehr positives Engagement. Das ist unbestreitbar. Andererseits sind die Ausfall-Zahlen bei Wehrübungen in der Tat zu hoch. Ich glaube, daß es hier noch einer Menge Aufklärungsarbeit in der Öffent-

lichkeit und auch in der Wirtschaft bedarf. Ich bin jedoch auch hier optimistisch.

SZ: Die neue Reservistenkonzeption erfordert vor allem mehr Unteroffiziere als die Bundeswehr aufbringt.

Scholz: Das ist ein Kernproblem der Bundeswehr seit ihren Kindheitstagen: die mangelnde Führerdichte, die geringste unter allen vergleichbaren Armeen in Ost und West. Es ist bewundernswert, wie die Bundeswehr trotzdem ihren hohen Leistungsstand erreicht hat. Dennoch: Der Stärkung der Führerdichte gilt künftig – hier sind Maßnahmen eingeleitet – eine der allerersten Prioritäten überhaupt.

SZ: Es geht nicht nur um Wehrgerechtigkeit, sondern um Motivation. Warum sollen die Leute überhaupt dienen?

Scholz: Es ist unbestreitbar, daß in unserem Land das Bewußtsein vielfältig unterentwickelt ist, daß leistungsfähige Streitkräfte eine der Grundlagen eines Staates sind, der damit seine Selbstbestimmung, Selbstbehauptung und Souve-

ränität täglich unter Beweis stellt. Defizite liegen vielleicht in der Geschichte der Bundesrepublik begründet. Sie ist souverän geworden unter den konkreten Bedingungen des Ost-West-Konflikts in den fünfziger Jahren, also einer akuten Bedrohung. Zu kurz geraten im Bewußtsein unserer Bevölkerung ist, daß funktionsfähige Streitkräfte bedrohungsunabhängig sind. Die Bedrohungssituation entscheidet wohl über den Umfang einer Armee, nicht aber über das Ob von Streitkräften – das ist ein Stück Staatsbewußtsein und Staatlichkeit.

SZ: Sicherheitspolitik heißt doch Souveränitätspolitik, aber wir sind doch gar nicht souverän, oder?

Scholz: Wir sind souverän. Das übersehen nur manche, die nicht glauben, daß Bündnispflichten, daß Vereinbarungs- und Politikfähigkeit ein Stück moderner entwickelter Souveränität sind.

SZ: 495 000 Mann halten zu müssen: Ist das nicht gerade ein Beleg dafür, daß es mit der Souveränität nicht soweit her ist?

Scholz: Nein, ganz im Gegenteil. Dies ist ein Stück Mitverantwortung, das wir als gleichberechtigter Partner übernommen haben – und nicht im Interesse der anderen Partner, die umgekehrt auch auf vertraglicher Basis ihren Beitrag leisten. Das ist ein Geben und ein Nehmen, so wie souveräne Staaten – Freunde und Partner – miteinander umgehen.

SZ: Unsere Streitkräfte sind also unser „Club-Beitrag“ für die Mitgliedschaft im Atlantischen Bündnis. Reicht das als Legitimation aus?

Scholz: Unser Verteidigungsbeitrag geschieht nicht um des Bündnisses willen, sondern weil wir ein Teil der freien westlichen Welt sind und bleiben wollen. Hier ist ein ganz unmittelbares nationales Interesse berührt – und die Überzeugung, daß man nur so seine freiheitliche Ordnung,

seine Selbstbestimmung und seine Souveränität verteidigen kann.

SZ: Aber wenn nun, wie 75 Prozent der Bevölkerung glauben, die Bedrohung weg ist, wieso dann noch die Bundeswehr?

Scholz: Es kommt nicht nur, wie ich schon gesagt habe, auf die Intensität der Bedrohung an.

SZ: Konkreter: Die Bevölkerung sieht nicht mehr ein, warum Tiefflug geübt werden muß. Wollen Sie auf Dauer Politik gegen die Bevölkerung machen?

Scholz: Meine Tiefflug-Politik ist nicht gegen, sondern für die Bevölkerung – mit folgender Zielsetzung: Der Tiefflug kann nicht, wie leichtfertig Argumentierende in unserem Land erklären, aufgegeben werden. Tiefflug ist notwendig, und unsere Luftverteidigung ist nur gewährleistet, wenn auch das nötige Tiefflugtraining stattfindet. Auf der anderen Seite steht die unbestreitbare Belastung der Bevölke-

rung, der Rechnung getragen werden muß. Und deshalb ist mein ganz klares Konzept, die Tiefflüge zu reduzieren und gerechter zu verteilen...

SZ: Gerechter...?

Scholz: Das Gesamtvolumen an Tiefflügen wird substantiell reduziert, und was dann noch an Tiefflügen unabdingbar ist – das operativ unverzichtbare Minimum – wird gerechter verteilt.

SZ: Probleme gibt es auch mit den Piloten, die in einer Motivationskrise strecken. Sie fühlen sich unterbezahlt, sie sehen sich als die Schuldigen, was sie nicht sind. Wie wollen Sie verhindern, daß Ihnen die Piloten davonlaufen?

Scholz: Es ist absolut ungerecht, wenn Worte fallen wie „Lufttrockner“ oder „Luftrowdy“. Ungerecht und unerträglich, denn diese Soldaten erfüllen nichts anderes als ihren Auftrag. Ich habe deshalb sehr viel Verständnis für Unruhe und Unzufriedenheit in der Luftwaffe. Doch den Piloten ist

auch sehr bewußt, daß die Bevölkerung ein Mehr an Schonung verlangt. Deshalb möchte ich bitten, daß man in der Bevölkerung den Luftwaffensoldaten mit mehr Aufgeschlossenheit und Sympathie begegnet.

SZ: In keiner anderen Waffengattung herrscht eine so tiefe Verdrossenheit über die Politiker.

Scholz: Das ist sicherlich unbestreitbar. Ich bemühe mich deshalb sehr darum, immer wieder an alle politischen Verantwortlichen – auch an die der Opposition – zu appellieren, daß sie bei dem, was sie sagen – zum Teil auch sehr verkürzt und schlagwortartig –, nie vergessen, daß wir zu dieser Luftwaffe auch stehen müssen.

SZ: Das müssen Sie aber auch manchem Parteifreund ins Stammbuch schreiben.

Scholz: Ich habe ja gesagt, daß ich mich überall darum bemühe.

2

Quelle

Datum

**SZ:** Manchmal können weitreichende, intelligente und konventionelle Raketen Tiefflieger-Aufgaben übernehmen. Als ein solches deutsch-amerikanisches Projekt publik wurde, hat sich Ihr Ministerium wie ein erwischtes Kind verhalten und das Projekt sofort abgeblasen. War das nicht die Unterwerfung unter den reinen Populismus?

**Scholz:** Sie meinen das TECHNEX/KOLAS-Projekt? Was Sie vermuten, ist absolut falsch. Die Entwicklungsarbeiten sind im Dezember abgeschlossen worden. Das Projekt hat auch nichts mit irgendwelchen Nuklear-Optionen zu tun, wie es in einer Fernsehsendung hieß. Es stand im Februar zur abschließenden Entscheidung an.

**SZ:** Dann wurden Sie dabei erwischt ...

**Scholz:** ... hier ist niemand erwischt worden. Die Entscheidung über die Realisierung war im Februar zu treffen, und ist dann auch getroffen worden. Nichts anderes ist geschehen. Die Frage war, ob die finanziellen Möglichkeiten zur Realisierung ausreichen. Die bestehen derzeit nicht.

**SZ:** Warum nicht?

**Scholz:** Weil wir das Geld momentan nicht haben.

**SZ:** Aber wir haben es für den Jäger 90.

**Scholz:** Eine solche Rakete liegt in der Milliardendimension. Außerdem kann sie weder die bemannte Luftverteidigung noch den Tiefflug überflüssig machen. Hier geht es allenfalls um eine zusätzliche Waffe, um Qualitätssteigerung. Aber auf diese kann man heute verzichten, auch unter dem Aspekt der konventionellen Abrüstung. Aus diesem Grund habe ich derzeit gegen die Realisierung entschieden. Wenn aber die Wiener Konferenz nicht die erhofften Ergebnisse bringt, dann werden wir im Parlament die notwendigen Mittel beantragen.

**SZ:** Wäre es nicht billiger, mit einer intelligenten Rakete die gegnerischen

Flugbasen auszuschalten als mit vielen verletzbaren und teuren Flugzeugen?

**Scholz:** Raketen sind heute noch nicht so flexibel, daß sie bemannte Flugzeuge ersetzen könnten. Das hat auch die Projekt-Studie belegt.

**SZ:** Ihr DDR-Kollege Kessler sagt, Tiefflug ist Angriffsflug. Was sagen Sie dazu?

**Scholz:** Es geht um Verteidigung unseres Landes, und die ist auf Tiefflug angewiesen. Wer behauptet, daß Tiefflugtraining aggressiv ist, der argumentiert propagandistisch. Im übrigen: Warum wird dann der Tiefflug auch in der DDR so intensiv geübt?

**SZ:** War es nicht vielmehr so, daß Sie gegen KOLAS entschieden haben, nachdem Sie von einem irritierten Kanzler ins Kanzleramt bestellt worden sind?

**Scholz:** Nein. Von Irritationen zu sprechen, ist abwegig. Ich habe diese Entscheidung getroffen. Natürlich nach Beratung

mit dem Kanzler, denn ein derartig teures Projekt erfordert die Entscheidung der Bundesregierung insgesamt. Die Option bleibt aber offen.

**SZ:** Bei den Kosten fällt einem natürlich sofort der Jäger 90 ein, der - je nachdem - zwischen 38 und 100 Milliarden kosten soll. Warum fehlt denn hier das Geld nicht?

**Scholz:** 22 Milliarden, nicht 38! Der Jäger 90 ist ein System der Luftverteidigung, das die Jagdflugzeuge ersetzen soll, die in den kommenden Jahren nicht mehr voll verteidigungsfähig sein werden. Die Zahl von 100 Milliarden, mit der vor allem die Opposition spekuliert, ist völlig aus der Luft gegriffen. Da werden zum Beispiel die Betriebskosten eingerechnet. Nach heutigen Berechnungen ist es im übrigen so, daß der Jäger 90 beim Betrieb erheblich billiger sein wird als unsere derzeitigen Jagdflugzeuge.

**SZ:** Die Faustregel besagt doch, daß der Endpreis eines Waffensystems gestrost verdreifacht werden kann.

**Scholz:** Der Jäger 90 ist einer sehr strikten Kostenkalkulation unterworfen worden. Das heißt, der Jäger darf nicht teurer werden als vereinbart.

**SZ:** Und wenn doch?

**Scholz:** Das Parlament hat hier eine ganz klare Entscheidung getroffen, an die sich die Industrie halten muß. Das ist der Punkt für mich, alles andere ist Spekulation. Die Erfahrung zeigt zwar, daß bis zur Auslieferung neuer Waffensysteme technische Verbesserungen möglich werden, die dann zu erhöhten Kosten mitrealisiert worden sind. Heute und hier ist dies prinzipiell aber nicht mehr vertretbar. Das kann bedeuten, daß ein Waffensystem zum Zeitpunkt der Auslieferung technologisch nur noch das zweitbeste ist. Damit muß die Bundeswehr aber leben, denn in Zukunft wird es nicht anders gehen.

**SZ:** Heißt das, daß die Luftwaffe künftig nicht mehr alles können muß, weil es an Geld mangelt?

**Scholz:** Die Luftwaffe ist im Ernstfall sozusagen die Teilstreitkraft der ersten Stunde. Und aus diesem Grund muß das Notwendige auch künftig gewährleistet bleiben. Ob sich alle Details künftig finanziell realisieren lassen, ist eine andere Frage. Nicht immer kann das technische Optimum gewährleistet werden.

**SZ:** Könnte eine überparteiliche Wehrstrukturkommission mithelfen, die vielen Probleme der Bundeswehr zu lösen?

**Scholz:** Strukturkommissionen sind hier und dort hilfreich. Deshalb würde ich solche Kommissionen nicht ausschließen,

*Ich bin gegen eine unsichtbare Armee, sondern für eine sehr sichtbare, denn es ist die Armee des Bürgers.*

nur darf man sich von ihnen kein Allheil-

mittel versprechen. Wo externer Sachverstand notwendig wird, werden wir ihn in der geeigneten Form mit heranziehen.

**SZ:** Warum machen wir es nicht so wie die beiden ältesten Demokratien, USA und England, und schaffen die Wehrpflicht zugunsten einer Freiwilligen-Armee ab?

**Scholz:** Ich glaube, daß gerade die Wehrpflicht einer demokratischen Gesellschaft besonders gut ansteht. Hierdurch wird der Wille aller Bürger zur Verteidigung unseres Rechtsstaates besonders augenfällig. Außerdem bezweifle ich, daß eine Berufsarmee mehr bringen würde, was die Akzeptanz betrifft.

**SZ:** Wenn die Bedrohung unsichtbarer wird, vielleicht müssen dann auch die militärischen Mittel unsichtbarer werden.

**Scholz:** Ich bin gegen eine unsichtbare Armee sondern für eine sehr sichtbare, denn es ist die Armee des Bürgers.

**SZ:** Und wenn der Bürger nicht so richtig will?

**Scholz:** An den Umfragen kann man sehr deutlich ablesen, daß die Bürger nach wie vor in überwältigender Form zur Bundeswehr und damit auch zu ihren Soldaten stehen.

**SZ:** Das ist richtig, aber der Bürger will nicht mehr den alten Preis dafür entrichten - siehe Tiefflüge, siehe Manöver.

**Scholz:** Das ist doch etwas durchaus Normales. Die Beispiele verbinden sich immer mit unmittelbaren Lasten für die Bürger, die ganz konkret empfunden werden, vom Grundwehrdienst bis zu Tiefflügen in unmittelbarer Nachbarschaft. Wichtig ist deshalb, daß man dem Bürger immer wieder erläutert, daß Übungen einerseits notwendig sind, andererseits auch auf das nötige Minimum reduziert werden. Was verbessert werden kann, wird auch geschehen.

**SZ:** Stichwort: Was mögen die Bürger? Es scheint ganz so, als ob die Bürger den Minister Rupert Scholz nicht mögen. Sie

*Wenn jemand keine Kritik aushalten kann, dann ist er für ein politisches Amt nicht geeignet. Ich brauche Kritik.*

gelten als kalt, als arrogant, als jemand, der wenig Verständnis für die Truppe entwickelt.

**Scholz:** Dies sind doch wirklich Vorurteile und Klischees, die allerdings von interessierten Seiten gerne kolportiert und transportiert werden. Mehr ist aus meiner Sicht dazu nicht zu sagen.

**SZ:** Können Sie Kritik an Ihrer Person überhaupt aushalten?

**Scholz:** Wenn jemand keine Kritik aushalten kann, dann ist er für ein politisches Amt nicht geeignet. Ich brauche Kritik.

**SUE** Süddeutsche Zeitung

Quelle

Datum

14. März 1989

4

**SZ:** Haben Sie den Eindruck, daß Sie mit der Truppe können?

**Scholz:** Ich selbst habe diesen Eindruck, aber da müssen Sie am besten die Soldaten selber fragen.

**SZ:** Beweist der Fall Scholz abermals, daß bei uns die Seiteneinsteiger keine Chance haben?

**Scholz:** Sie sprechen von einem Fall Scholz. Ich kenne keinen Fall Scholz.

**SZ:** Braucht man bei uns die „Ochsentour“, braucht man „Stallgeruch“, um zu reüssieren?

**Scholz:** Hier und da entsteht Unbehagen gegenüber Seiteneinsteigern, wofür ich durchaus Verständnis habe. Aber es hat in den letzten 20 Jahren immer Seiteneinsteiger im Kabinett gegeben. Und an denen haben sich immer wieder Diskussionen festgemacht. Aber das Prinzip, daß auch Seiteneinsteiger gute und hilfreiche Arbeit leisten, steht doch längst außer Zweifel.

**SZ:** Wie lange möchten Sie denn noch Verteidigungsminister sein.

**Scholz:** Ich bin gerne Verteidigungsminister. Mir macht das Amt Freude. Und ich hoffe, daß es mir gelingt, einige der großen, mir gestellten Aufgaben lösen zu können und dafür auch die nötige Zeit zu haben.

**SZ:** Wie lange wollen Sie es denn noch?

**Scholz:** Abwarten.

---

Die Serie erscheint demnächst als Sonderveröffentlichung in der Reihe SZ-Texte.

